

TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag

Titel: Diskriminierungen im Gesundheitswesen erkennen und verhindern

Beschlussantrag

Von: Dr. Helene Michler als Abgeordnete der Ärztekammer Berlin
Dr. Katharina Thiede als Abgeordnete der Ärztekammer Berlin
Julian Veelken als Abgeordneter der Ärztekammer Berlin
Prof. Dr. Andreas Umgelter als Abgeordneter der Ärztekammer Berlin
Dr. Robin T. Maitra, M.P.H. als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Stephan Böse-O'Reilly als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Steffen Veen als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein
Melissa Camara Romero als Abgeordnete der Ärztekammer Nordrhein
Sabine Riese als Abgeordnete der Landesärztekammer Hessen

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE BESCHLIESSEN:

Der 125. Deutsche Ärztetag 2021 erkennt an, dass Diskriminierungen aufgrund rassistischer Zuschreibungen, der geschlechtlichen oder sexuellen Identität, Alter, Behinderung, Religion oder des sozioökonomischen Status den Zugang zu unserem Gesundheitssystem und die Inanspruchnahme von medizinischer Versorgung erschweren und somit das Menschenrecht auf Gesundheit einschränken. Dies widerspricht der ärztlichen Berufsordnung und den ärztlichen Pflichten aus dem Genfer Gelöbnis.

Der 125. Deutsche Ärztetag 2021 setzt sich daher für eine Stärkung der Antidiskriminierungsarbeit im Gesundheitswesen auf institutioneller und individueller Ebene ein und fordert den Vorstand der Bundesärztekammer auf, bei den Landesärztekammern auf die Etablierung von Antidiskriminierungsstellen im Rahmen der berufsrechtlichen Aufsicht hinzuwirken.

Begründung:

Das Recht auf Gesundheit stellt ein Menschenrecht dar. Notwendige Voraussetzung zu seiner Wahrnehmung ist der diskriminierungsfreie Zugang zum Gesundheitssystem und die Sicherstellung einer gleichen medizinischen Behandlung, unabhängig von den oben beispielhaft genannten Diskriminierungsrisiken.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0

ANGENOMMEN



Sowohl diskriminierendes Verhalten des medizinischen Personals als auch institutionelle Praktiken führen jedoch in Deutschland zu ungleicher Behandlung bestimmter Patientinnen- und Patientengruppen.

Es bedarf daher der Entwicklung von Strukturen, um der Diskriminierung im Gesundheitswesen entgegenzuwirken und sie zukünftig zu verhindern.

ANGENOMMEN